

ENDLAGERSUCHE

Fenster geschlossen

Es wäre einfach zu schön gewesen: In der kommenden Woche kommen Deutschlands Ministerpräsidenten mit Regierung und Opposition überein, noch einmal in der Bundesrepublik ein atomares Endlager zu suchen. Sie vereinbaren, so zu tun, als sei in den vergangenen 30 Jahren in Sachen Atommüllentsorgung fast nichts geschehen, legen eine weiße Karte übers Land und tragen hier und da Punkte ein, wo der Atommüll dereinst gelagert werden könnte. Jetzt bestehe die Chance zu diesem Konsens, erklärten vor allem die Christdemokraten Peter Altmair (Bund), David McAllister (Niedersachsen) und der Grüne Winfried Kretschmann (Baden-Württemberg).

Aber das angeblich „offene Zeitfenster“ noch vor der Landtagswahl in Hannover und der Bundestagswahl im Herbst 2013 ist mit der Absage Jürgen Trittins jetzt dicht. Altmairs Vorgänger und sein Nachfolger Sigmar Gabriel werfen dem Bundesumweltminister vor, die Sache verpatzt zu haben. Er habe nicht rechtzeitig geliefert, argumentieren sie. Bereits im September hätte ein neues Endlagersuchgesetz vorliegen sollen.

Tatsächlich haben Gabriel und Trittin derzeit überhaupt kein Interesse an einer nationalen Lösung, weil die vor allem dem Wahlkämpfer McAllister nutzen würde. Der Christdemokrat könnte sich dafür feiern lassen, mit einer neuen Endlagersuche endlich eine mögliche Alternative zu Gorleben gefunden zu haben, das als Endlagerstandort neuerdings sogar den Christdemokraten verhasst ist. Gabriel und Trittin hätten mit einem solchen Konsens derzeit nur Probleme in Niedersachsen – mit der eigenen Basis.

So ist Politik: kleinlich, zänkisch, ärgerlich. Der oft beschworene Konsens bleibt ein Schlagwort für die Sonntagsreden.

MICHAEL B. BERGER

WORTE DER WOCHE

„Ich finde unsere Politik und unsere Politiker nicht so schlecht, wie das Ansehen in der Bevölkerung ist – um es mal ganz platt zu sagen.“

Bundespräsident Joachim Gauck in einem Interview des Deutschlandfunks.

„Heute gibt es keine vernünftige Alternative zu Europa, aber durchaus Alternativen zu dem Europa, wie wir es kennen.“

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) beim Festakt am 3. Oktober.

„Ich würde mich freuen, wenn wir so miteinander umgehen, dass man sich noch mal zum Glas Wein treffen kann.“

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zum Umgang mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) im Bundestagswahlkampf.

„Herr Steinbrück hat noch nie eine Wahl gewonnen. Das ist eine gute Voraussetzung, um Kanzlerkandidat der SPD zu sein.“

Der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, am Freitag in Rostock.

„Vielleicht führen wir den alten Wegezoll wieder ein.“

Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) zur Debatte über die Citymaut.

„Können Sie mal das Maul halten einen Moment, einfach das Maul halten, wenn ich ein Interview mache?“

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) zu einem Bürger in München, der ihn ständig unterbrochen hatte.

„Es gab im deutschen Fernsehen nicht viele, die ihm das Wasser reichen konnten.“

TV-Altmeister Alfred Bielik zum plötzlichen Tod des Schauspielers Dirk Bach.

Minister diskutieren Maut für alle

Abgabe für Städte oder für alle Straßen? / Jährlich fehlen sieben Milliarden Euro im Straßenbau

VON KAI KOLLENBERG

Cottbus. Neben dauerhaft hohen Kraftstoffpreisen könnten nun auch Straßennutzungsgebühren das Autofahren in Deutschland verteuern. Die Verkehrsministerkonferenz, die gestern in Cottbus zu Ende ging, diskutierte dazu verschiedene Modelle – darunter auch die umstrittene Citymaut. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) brachte erneut die Autobahnmaut für Pkw ins Gespräch: „Ich werbe dafür, dass wir langfristig zu einer Maut bei allen Fahrzeugen kommen“, sagte er.

Jährlich fehlen in Deutschland allein sieben Milliarden Euro, um das Verkehrsnetz erhalten zu können. 1,5 Milliarden Euro bei den Bundes-, Land- und Staatsstraßen, drei Milliarden Euro für kommunale Straßen und den öffentlichen Nahverkehr, zwei Milliarden Euro im Schienenverkehr sowie 0,5 Milliarden Euro bei den Wasserstraßen.

Am Ende der Konferenz stand der einheitliche Beschluss, dass jeder der beiden Vorschläge überprüft werden sollte. Bis zur nächsten Verkehrsministerkonferenz im kommenden Frühjahr sollen Ergebnisse vorliegen. „Wir müssen den Menschen aber das Gefühl geben, dass wir die Mittel nicht zur Haushaltskonsolidierung nutzen wollen, sondern dass wir sie zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur einsetzen“, sagte der brandenburgische Verkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD). Für Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) ist die Pkw-Maut eine von mehreren Optionen. Doch müssten auch für Kommunen Möglichkeiten geschaffen werden, Geld zum Erhalt von Straßen und für den Nahverkehr einzunehmen. „Es wird nicht einfach so billig weitergehen wie bisher.“

Der Staatssekretär aus dem Bundesverkehrsministerium, Rainer Bomba (CDU), wollte der Citymaut nicht allzu viel Bedeutung beimessen. „In den letzten Jahren ist mit der Citymaut ein kleiner Teil des Systems sehr hochgespielt worden“, sagte er. „Wir wollen aber letztendlich das Gesamtsystem sehen.“ Bomba betonte für den Bund, dass es in den nächsten Jahren einen Beschluss zur Finanzierung geben müsste. Bis 2025 werde der Güterverkehr im Vergleich zu 2004 um 70 Prozent zunehmen. Ohne Maßnahmen sei unter anderem die Tauglichkeit der Straßen gefährdet. Die dafür notwendigen Mittel könnten etwa durch Steuererhöhungen bereitgestellt werden oder über eine Beteiligung der Autofahrer über eine allgemeine Maut. „Es muss uns allen klar sein, dass wir bei der Citymaut hohe Kontroll- und Bürokratiekosten haben“, so Bomba. „Es ist nicht damit getan, dass wir irgendwelche Mauthäuschen aufstellen. Es muss auch kontrolliert werden.“

Es führe kein Weg daran vorbei, die Nutzer stärker an den Kosten der Infrastruktur zu beteiligen, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebund, Gerd Landsberg, am Freitag. Landsberg machte sich dafür stark, die Lkw-Maut auf alle Straßen auszudehnen.

Trotz der fehlenden Milliarden für den Straßenbau planen die Länder einem „Handelsblatt“-Bericht zufolge aber vielfach weiter drauflos. So summierte sich der Bauwert der fertig geplanten Projekte auf rund 12,6 Milliarden Euro, berichtet das Blatt unter Berufung auf die Antwort des Bundesverkehrsministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei. Doch ob diese Straßen überhaupt gebaut werden, sei angesichts der Lücken im Haushalt vielfach unklar. (mit: dpa)

Helmpflicht für Radfahrer abgelehnt

Cottbus (kol/dpa). Ein Vorstoß Thüringens zur verpflichtenden Helmpflicht für Fahrradfahrer fand auf der Verkehrsministerkonferenz in Cottbus keine Mehrheit. Allein Baden-Württemberg unterstützte den Vorschlag. Der Antrag, die Auswirkungen einer Helmpflicht wenigstens wissenschaftlich zu überprüfen, lehnte die Konferenz ebenfalls mit großer Mehrheit ab. „Es ist nicht zu übersehen, dass es Skepsis gibt“, räumte Thüringens Verkehrsminister Christian Carius (CDU) ein. Gleichwohl wolle sein Land dieses Thema weiterverfolgen.

In einem anderen Bereich kündigte Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) Neuerungen an: So will er im Herbst eine Arbeitsgruppe zur Reform des sogenannten Idiotentests einsetzen. Bis zu einer Neuregelung der umstrittenen medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) will Ramsauer schärfere Kontrollen der Prüfungsabläufe durch die Bundesanstalt für Straßenwesen. Außerdem will Ramsauer im Internet ein Beschwerdepportal freischalten lassen, bis es neue bundeseinheitliche Regeln für die MPU gibt.



Protest erreicht Berlin

Ein Protestmarsch von Asylbewerbern aus Würzburg hat nach 28 Tagen und fast 600 Kilometern Fußweg sein Ziel Berlin erreicht. Am Freitag überquerten rund 200 Demonstranten die Landesgrenze zwischen Brandenburg und Berlin auf der Glienicke Brücke über die Havel. Zentrales Anliegen der Protestierenden ist die Abschaffung der Residenzpflicht, wonach sich Flüchtlinge jeweils nur in einer bestimmten Region in Deutschland aufhalten dürfen. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), sprach sich gestern immerhin für eine schnellere Arbeits-erlaubnis für Asylsuchende aus. (mit: dpa)

Steinbrück verspricht mehr Transparenz

SPD-Kanzlerkandidat will nun doch Redner-Honorare und Auftraggeber nennen

VON JOACHIM SCHUCHT

Berlin. Nach massiver Kritik will SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück weitergehende Informationen zu seinen Honorarvorträgen offenlegen. Er habe bereits eine Düsseldorfer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, alle Unterlagen dazu noch einmal zu prüfen, sagte er der „Bild“-Zeitung. „Wenn die Arbeit in zwei bis drei Wochen abgeschlossen ist, werden Auftraggeber, Ort und Thema jedes einzelnen Vortrags veröffentlicht“, kündigte der ehemalige Finanzminister an.

Außerdem werde er das durchschnittliche Honorar der bezahlten Vorträge vor und nach Steuern zwischen 2009 bis 2012 publik machen. Jedes einzelne Honorar genau angeben sei „so gut wie unmöglich“, erklärte Steinbrück. „Denn dazu müsste jeder Vertragspartner einzeln um Erlaubnis gefragt werden. Wenn nur ein Vertragspartner nicht zustimmt, hängen Sie am Fliegenfänger nach dem Motto: Das ist ja wieder nicht vollständig.“ Aus der Gesamtsumme der Honorare eine Durchschnittssumme zu ver-



„Ich schlage vor, die Transparenzregeln zu verschärfen“: Peer Steinbrück. dpa

öffentlichen liege allerdings in seiner Hand.

Die Kritik aus den Reihen der schwarzen Koalition an seinem Umgang mit den Nebeneinkünften wies Steinbrück als „heuchlerisch und scheinheilig“ zurück: „Union und FDP waren die heute geltenden Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete viel zu scharf, wir mussten sie gegen ihren Willen durchsetzen.“ Zugleich forderte er die Koalition auf, den Weg für strengere Regeln frei-

zu machen: „Ich schlage hiermit vor, die Transparenzregeln des Deutschen Bundestages so zu verschärfen, dass alle Abgeordneten auf Heller und Pfennig angeben müssen, von wem und wofür sie in welcher Höhe für eine Nebentätigkeit bezahlt worden sind.“ Neben dieser Neuregelung müsse auch die Bestechung von Abgeordneten umfassend unter Strafe gestellt werden. „Ich bin gespannt, ob Frau Merkel, Herr Westerwelle und Herr Seehofer dies unterstützen.“ Derzeit müssen Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte in drei Stufen zuordnen: bis 3500 Euro, bis 7000 Euro und mehr als 7000 Euro. Alle Parteien streben nun eine strengere Kontrolle bei Nebeneinkünften an.

Steinbrück hat in der laufenden Legislaturperiode seit 2009 mehr als 80 Vorträge gehalten, für die er Honorare der „Stufe 3“ bekommen hat. Wegen der Obergrenze von 7000 Euro in den bisherigen Regeln kann man daraus lediglich schließen, dass er dafür mindestens 56000 Euro vor Steuern kassiert hat. Die Veröffentlichung der Einnahmen hatte er bislang verweigert. (mit: dpa)

Piraten deckeln Geschäftsführer

Berlin (pti). Steht der politische Bundesgeschäftsführer der Piratenpartei vor der Ablösung? Im Bundesvorstand ist Johannes Ponder nach einem heftigen Streit über seine Medienauftritte offenbar isoliert. Ein klares Bekenntnis zum Geschäftsführer bleibt aus. „Was zählt, ist, dass sich mein Kollege Ponder viel stärker als bislang an gemeinsame Vereinbarungen hält und kollegiale Zusammenarbeit pflegt“, sagte Parteichef Bernd Schlömer der HAZ. Partei-Vize Sebastian Nerz wurde noch deutlicher: „Wir müssen im Bundesvorstand die weitere Zusammenarbeit beraten oder aber eine andere Lösung finden.“

Hintergrund der Kritik ist eine Sitzung des Bundesvorstandes am 23. September, in der beschlossen wurde, dass Ponder in keiner Fernsehsendung mehr auftritt. Grund ist die Vermischung seiner Person und inhaltlicher Aspekte zum Nachteil der Partei. Ponder hatte im Sommer mit einer Debatte über seine Hartz-IV-Bezüge für Aufregung gesorgt. Ponder stimmte nicht nur gegen die Vereinbarung, sondern ignorierte diese und sagte in der Talkshow von Benjamin Stuckrad-Barre zu. (mit: dpa)

INLAND

Rocker war V-Mann zur NSU

Kiel: Ein Kieler Rocker-Aussteiger und Kronzeuge gegen die Hells Angels soll nach einem unbestätigten Medienbericht als V-Mann für den Verfassungsschutz gearbeitet und Kontakte zu den mutmaßlichen NSU-Terroristen gehabt haben. Der Mann ist dazu von der Generalbundesanwaltschaft vernommen worden. Bundesanwaltschaft-Sprecher Marcus Köhler erklärte dazu: „Die bisherigen Ermittlungen haben keine belastbaren Anhaltspunkte für strafrechtlich relevante Verbindungen zwischen den drei mutmaßlichen NSU-Mitgliedern und Gruppierungen aus dem Rockermilieu ergeben.“ Der aus Ostdeutschland stammende Ex-Rocker soll bereits vor Jahren Hinweise über das Neonazi-Trio gegeben haben. (mit: dpa)

Olympia-Akten vor Freigabe

Berlin: Die Akten von Bundesbehörden zum Olympia-Attentat vor 40 Jahren in München sollen so weit wie möglich freigegeben werden. Das Bundesinnenministerium von Hans-Peter Friedrich (CSU) habe die dafür nötige Koordination übernommen, bestätigte ein Ministeriumssprecher am Freitag in Berlin. Er verwies darauf, dass Friedrich den Angehörigen der Opfer bei einer Gedenkfeier Anfang September zugesagt hatte, sich für eine möglichst weitreichende Freigabe der Akten einzusetzen. Dies wird von den Angehörigen der von palästinensischen Terroristen getöteten israelischen Sportler seit Jahren gefordert. Wann die Akten zur Einsicht frei sind, ist noch unklar. (mit: dpa)

Plus bei binationalen Ehen

Berlin: Rund jede fünfte Ehe in Berlin ist binational. Ihr Anteil stieg in den vergangenen Jahren leicht an. Gaben sich 2008 2126 Partner aus Deutschland und einem ausländischen Staat das Jawort (18,1 Prozent), waren es 2011 schon 2701 (21,5 Prozent). Das geht aus der Antwort von Innenminister Frank Henkel (CDU) auf eine parlamentarische Anfrage der Piratenfraktion hervor. Insgesamt gab es von 2008 bis 2011 9928 binationale Eheschließungen. Deutsche Männer heirateten vor allem Frauen aus Polen, der Türkei, Russland, Thailand und der Ukraine. Deutsche Frauen gaben mehrheitlich Türken, Briten, US-Amerikanern, Libanesen, Polen und Italienern das Jawort. (mit: dpa)

Syrischer Spion angeklagt

Karlsruhe: Wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit hat die Bundesanwaltschaft Anklage gegen einen 48-jährigen Deutsch-Libanesen erhoben. Der beschuldigte Mahmoud El A. soll von April 2007 bis zu seiner Festnahme im vergangenen Februar für einen syrischen Geheimdienst tätig gewesen sein, wie die Behörde am Freitag in Karlsruhe mitteilte. Seine Aufgabe war es demnach, in Deutschland lebende syrische Oppositionelle und deren Aktivitäten zu beobachten und auszuspähen. Über dabei gewonnene Erkenntnisse soll er seine Auftraggeber vor allem bei regelmäßigen Treffen in Berlin informiert haben. (mit: dpa)

CSU will Euro-Volksentscheide

München: Die CSU pocht trotz aller Vorbehalte in der Schwesterpartei CDU auf die Möglichkeit von Volksabstimmungen über künftige Zahlungen an Euro-Schuldenländer. In einem Europa-Leitantrag für den CSU-Parteitag Mitte Oktober in München heißt es, Entscheidungen von besonderer Tragweite sollten den Bürgern im Rahmen eines Volksentscheids zur Abstimmung vorgelegt werden können. Dazu zähle auch „die Übernahme erheblicher Finanzleistungen bei der Bewältigung der Krise in der Euro-Zone“. Am Montag kommt der CSU-Vorstand in München zusammen, um den Parteitag vorzubereiten. (mit: dpa)

Aufruf für gleiche Renten

Frankfurt: Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hat eine Angleichung der Rentengesetze in Ost- und Westdeutschland gefordert. „Es geht um ein Versprechen im Koalitionsvertrag. Ich erwarte, dass sich Bund und Länder zusammensetzen, um Klarheit zu schaffen“, sagte Lieberknecht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Sie forderte die schwarz-gelbe Koalition in Berlin auf, sich in dieser Legislaturperiode mit einer Rentenreform zu beschäftigen. Die CDU-Politikerin verteidigte ihre mit der SPD eingebrachte Bundesratsinitiative für die Einführung eines Mindestlohnes, mit der sie sich in Teilen gegen ihre Partei stellt. (mit: dpa)

TOMICKEK



AUS MEINEM PAPIERKORB

Von Beinfreiheit und dem Klang der Sachsen

Man hat ihn noch gut im Ohr, diesen Mauer- und Stacheldraht-Klang. Diesen „Gänsefleisch“-Sound am Grenzpunkt Helmstedt-Marienborn: „Gän Se fleisch mal den Gofferraum effnen?“, tönte es unangenehm fordernd – und unverkennbar sächsisch. Wen also wundert es, dass das Sächsische bei einer Umfrage, wer denn der beliebteste Dialekt in Deutschland sei, ganz hinten rangierte. Es waren einfach zu viel Sachsen als DDR-Grenzer im Einsatz. Und dass der Saarländer Honecker wie ein Sachse klang, machte die Sache auch nicht besser.

Nach phonetischen Gesichtspunkten wäre der Anschluss Österreichs an die Bundesrepublik sicherlich die humanere Lösung gewesen als die Wiedervereinigung mit den Sachsen und Thüringern. Aber uns hat ja keiner gefragt. Und phonetisch betrachtet bleibt Hessen fast genauso problematisch, auch wenn sich dort führende Oppositionspolitiker vom

Schlage eines Schäfer-Gümbel schon um ein gepflegtes Hochdeutsch bemühen, wenn sie Kanzlerkandidaten von der Statu eines Steinbrück verbal anpinkeln. Kein Wunder, dass sich der Herr Steinbrück aus Hamburg mehr „Beinfreiheit“ wünscht. Die braucht man in der SPD, die nur der Sage nach die „gute alte Tante“ ist. Haben deutsche Tanten solche Giftzähne? Wir müssen uns die Partei wohl eher als missgünstige Schwiegermutter vorstellen, die jedem Familienmitglied unterm Tisch kräftig gegen das Schienbein tritt, wenn es bei der Bestechung nur ansatzweise die Regeln der Menüfolge verlässt.

Nur gut, dass Peer Steinbrück kein Sachse ist. Phonetisch ist er ebenso gut zu ertragen wie die Kanzlerin. Die beiden könnten

fast schon als Hannoveraner durchgehen, wo man seit Generationen das klarste Hochdeutsch spricht und durchgängig unterkellerte Häuser hat, weil der Hannoveraner häufig und gerne lacht. Auch Kinder aus Migrantenfamilien bekommen hier eine Chance, weshalb es ein David McAllister zum Landesvater brachte, der dank seiner exzellenten Englischkenntnisse auch international keineswegs schwer vermittelbar wäre. Ist dies der Grund, warum McAllister so oft nach London fliegt?

Wir wollen hier nicht weiter gründen. Aber der Hinweis auf die Internationalität Niedersach-



MICHAEL B. BERGER mit einem satirischen Rückblick auf die Woche – als Podcast auch auf HAZ.de